



**Liebe Mitglieder,
liebe Freunde der CDL,**

In den letzten Monaten gab es für die Lebensrechtsbewegung, aber vor allem für Menschen mit Behinderungen schlimme Entscheidungen und Entwicklungen.

Trotz der Diskussion um die UN-Behindertenrechtskonvention, die seit über zwei Jahren für Deutschland völkerrechtlich verbindlich ist und jede Diskriminierung verbietet, hat der Deutsche Bundestag mit der Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) die schlimmste Form der Diskriminierung, nämlich die Tötung von Menschen mit Behinderung, beschlossen.

Mit anderen Worten: Nur wer den genetischen Ansprüchen der Eltern entspricht, darf weiterleben.

Nicht selten haben die Befürworter der PID mit dem Leid der Eltern argumentiert und damit, dass man dadurch Spätabtreibungen verhindern wolle.

Durchaus nicht glaubwürdig wirkte dies gerade bei jenen Abgeordneten, die selbst nie etwas gegen Spätabtreibung unternommen hatten oder

sogar die jetzige Abtreibungsregelung beschlossen hatten.

Dass die stärksten Befürworter der PID zugleich die stärksten Befürworter der embryonalen Stammzellforschung sind, erweckt den Verdacht, dass es bei vielen nicht um die Not der Eltern, sondern um das durch PID entstandene „Abfallprodukt“ geht.

Schon bald wird man fordern, behinderte Embryonen für die Forschung nutzen zu dürfen.

Erwartungsgemäß gibt es auch keine Initiative derer, die noch bei der Debatte die Abtreibungswirklichkeit beklagten, jetzt ernsthaft etwas dagegen zu tun. Im Gegenteil!

So wurde bekannt, dass das Forschungsministerium im letzten Jahr einem privaten Unternehmen 230.000 € zahlte, um eine längst erforschte Diagnostik, mit der man Menschen mit Down-Syndrom möglichst frühzeitig mit ein paar Blutstropfen der Mutter im Mutterleib aufspüren kann, in Deutschland einzuführen.

Welchen Sinn soll denn ein solcher Test haben, damit es gerechtfertigt ist, soviel Steuergelder dafür auszugeben?

Zum Verständnis: Menschen mit Down-Syndrom „leiden“ nicht am Down-Syndrom; sie haben nur ein Chromosom mehr. Wenn, dann leiden sie nur an den Reaktionen der Umwelt.

Down-Syndrom ist auch keine Krankheit, die man „heilen“ kann. Bleibt nur die Erfahrung, dass heute fast alle ungeborenen Kinder, bei denen Down-Syndrom festgestellt wird, getötet werden.

Es geht also bei diesem Projekt nicht, wie offiziell behauptet wird, um mehr Schutz von Mutter und Kind, sondern um die Rasterfahndung nach Menschen mit besonderen Eigenschaften.

Wer mir aufgrund meiner öffentlichen Kritik jetzt entgegenhält, ich würde die Gesundheit von Mutter und Kind gefährden, weil schwangere Frauen sonst weiter Fruchtwasseruntersuchungen machen müssten, um von der Behinderung ihres Kindes zu erfahren, vergisst, dass ich natürlich auch gegen diese Form der Pränataldiagnostik bin. Schließlich sterben jedes Jahr hunderte Kinder bei diesen Untersuchungen.

Darüber hinaus ist ein Gentest, der nur nach Down-Syndrom bei ungeborenen Kindern fahndet, schon heute nach dem Gendiagnostikgesetz verboten, weil er weder einen medizinischen noch therapeutischen Nutzen hat. Von daher sollte die Politik prüfen, warum massenhaft gegen das Gesetz verstoßen wird.

Die Lebensrechtsbewegung hat erkannt, dass wir uns in einem harten Kampf um die Menschenwürde befinden, der inzwischen weit über das Thema Abtreibung hinaus geht.

Schließlich zeigt dies auch die Ethikpreisverleihung an Peter Singer vor ein paar Monaten in Frankfurt, der sogar die Freigabe der Tötung behinderter Kinder nach der Geburt befürwortet.

Ach ja – und ein Tag nach der PID-Debatte fand die Diskussion um die UN-Behindertenrechtskonvention im Bundestag statt - vor fast leerem Haus und kaum öffentlichem Interesse.

Mit herzlichen Grüßen!

Ihr

*Behindertenbeauftragter der
Bundesregierung*

Stellv. Bundesvorsitzender der CDL

Podiumsdiskussion zum demographischen Wandel in Berlin

Die jüngste große Veranstaltung der CDL Berlin fand in den Räumen der Konrad-Adenauer-Stiftung statt: eine Podiumsdiskussion zum Thema „Der demografische Wandel – Schicksal oder Entscheidung? Fakten und Analysen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland“.

Eingeleitet wurde der Abend durch den Berliner CDL-Landesvorsitzenden Stefan Friedrich mit einem Vortrag von Michael Ortmann, Professor für Wirtschaftsmathematik und Schatzmeister der Berliner CDL.

In einer anschaulichen Präsentation führte er die markanten Änderungen der Bevölkerungsstruktur der letzten 50 Jahre in einem Ost-West-Vergleich vor.

Die gerade für die Altersversorgung immer virulenter werdende Problematik eines kontinuierlichen Geburtenrückgangs, dem eine immer höhere Lebenserwartung gegenübersteht, wurde durch entsprechende Zahlen konkretisiert:

Allein in den letzten 15 Jahren sank die Geburtenrate um 15 % auf eine absolute Zahl von jährlich 680.000; hinzuzurechnen sind 110.000 Abtreibungen, die eine weitere Verschärfung der demografischen Probleme bewirken.

Bemerkenswert dabei: Rund 97 % aller Abtreibungen werden aufgrund der Beratungsregelung durchgeführt, nur die restlichen 3 % sind medizinisch indiziert.

Als besonders eindrücklich erwies sich eine Simulation der voraussichtlichen Entwicklung des Altersquotienten. Während sich das derzeitige Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern auf 1000 : 347 beziffert, errechnete Herr Ortmann nahezu eine Verdoppelung des Altersquotienten auf fast 70 % für das Jahr 2050.

In verschiedenen »Rechen Szenarien« verdeutlichte er schließlich die Ausweglosigkeit, dieser Entwicklung wirksam gegenzusteuern. Keiner der von ihm vorgeführten »Lösungsansätze« (so etwa eine utopische Geburtenziffer von 6 Kindern pro Frau) erwies sich (jeweils für sich allein genommen) als praktikabel.



Der demografische Wandel sei demnach eine Herausforderung, der ein grundlegendes gesellschaftliches Umdenken notwendig mache und ein neues solidarisches Miteinander erfordere.

Der instruktive Vortrag leitete zu einer lebhaften Diskussion über, die von Dr. Christoph Lehmann, Landesvorsitzungsmitglied der CDU Berlin, moderiert wurde.

Daneben hatten auf dem Podium unsere Bundesvorsitzende Mechthild Löhr Platz genommen sowie Stefan Schlede, ehem. bildungspolitischer Sprecher der Berliner CDU-Fraktion - und Victoria E. Pollmann, Mitglied des Landesvorstandes der Jungen Union (siehe Foto).

Als Ursache für die späte Familienplanung junger Erwachsener benannte Frau Pollmann insbesondere eine primär an beruflichem Erfolg ausgerichtete »Selbstverwirklichung«; Kinder würden vielmehr als Karrierehindernis wahrgenommen.

Dieser Eindruck wurde durch Beiträge aus dem Publikum ergänzt, in denen ein verbreitetes Gefühl fehlender – auch ganz konkret finanzieller – Sicherheit innerhalb der jüngeren Generation zum Ausdruck kam; ebenso wurde mehrfach auf das hohe Erwerbseintrittsalter verwiesen.

Insgesamt zeichnete sich in der Diskussion die Notwendigkeit ab, die Familie als solche entschiedener mit positiven Werten zu belegen. Frau Löhr machte auf Umfragen aufmerksam, in denen Paare die Zeit der Kindererziehung als »glücklichste Lebensphase« bezeichneten; ebenso habe sich gezeigt, daß mehrheitlich erst die Ehe die Grundlage bilde, in der ein Kinderwunsch heranreife.

Das Schlußwort sprach die Kreisvorsitzende der Frauen-Union Berlin-Mitte, Juliane Leinitz-Mierzwa, bevor die Diskussion bei einem gemütlichen Umtrunk fortgesetzt wurde.

Benedikt Boyxen

CDL gratuliert ehem. Bundesvorsitzungsmitglied Claus Jäger zum 80. Geburtstag

Claus Jäger war von 1972 bis 1994 Mitglied des deutschen Bundestages.

Von seiner großen politischen Erfahrung profitierte die CDL von Anbeginn ihres Bestehens.

So war er als Pressesprecher lange Jahre Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes.

Bitte beachten Sie unsere beiliegende Einladung zur CDL-Bundesmitgliederversammlung am 15. Oktober in Königswinter

Seine Anträge und Reden zum Lebensrecht im Deutschen Bundestag sowie auf CDU-Parteitaggen stießen immer auf große Aufmerksamkeit; dabei scheute er keine Auseinandersetzung.

Seit Gründung der CDL in Baden-Württemberg ist Jäger dort stellv. Landesvorsitzender.

Er engagiert sich zudem im Vorstand des CDL-Bezirksverbands Württemberg-Hohenzollern und im CDL-Kreisverband Ravensburg.

In der CDU gründete er das Christlich-Konservative Deutschland-Forum (CKDF) und im Bistum Rottenburg/Stuttgart den Katholischen Aktionskreis für das Leben (KAL).

Wir sind Herrn Jäger sehr dankbar, daß er seine große Kompetenz und seinen reichen Wissensschatz bis auf den heutigen Tag bei der CDL einbringt.

Wir wünschen unserem verdienten Mitstreiter Gottes reichen Segen, Gesundheit und noch viele Jahre im Kreise seiner lieben Familie.

Zeitungsbericht aus der „Augsburger Allgemeinen“

Ein Zeichen für das Leben setzen

CDL möchte in Ichenhausen ein Denkmal errichten.

Von Irmgard Lorenz

Bekommt Ichenhausen ein „Denkmal für das Leben“? - „Was wir uns erträumt haben, es kann Wirklichkeit werden“, sagte die Initiatorin Hildegard Regensburger, die als Kreisvorsitzende der CDL (Christdemokraten für das Leben) bei der Jahresversammlung dieses Projekt vorstellte.

Mit einem solchen Denkmal wolle man „ein Zeichen setzen für das Leben in jeder Facette“, so Regensburger, „es geht immer um die Würde des Menschen.“

Hans Klement, Bürgermeister von Ichenhausen und CDL-Mitglied, stellte in der Ichenhauser Mutter-Kind-Einrichtung „Haus Martha“ die Idee vor, mit der sich Hildegard Regensburger, Kreisvorsitzende der CDL und Vorsitzende des Förderkreises „Ja zum Leben“ (Träger von „Haus Martha“) Ende des vergangenen Jahres an ihn gewandt hatte.

Ein Denkmal für das Leben solle ein Zeichen setzen angesichts des Wertewandels, sagte Klement. Er finde es „eigentlich traurig, dass man solche Offensiven für das Leben auf den Weg bringen muss“, dass man mehr und mehr an Würde und Kostbarkeit des Lebens erinnern müsse.

„Man hat so viele Denkmäler“, warb Klement für die Idee von Hildegard Regensburger, „aber für das Wichtigste gibt es kaum Denkmäler.“

Dass das Vorhaben noch ziemlich am Anfang steht, zeigte sich in der Jahresversammlung der CDL. Zwar wurde der Gedanke, ein solches Denkmal in Ichenhausen zu errichten, positiv aufgenommen, er warf aber auch eine ganze Reihe von Fragen auf – nicht zuletzt die Frage nach der Finanzierung. Denn die CDL im Landkreis Günzburg ist nicht gerade auf Rosen gebettet (...).



Auch wenn ein Denkmal für das Leben nach Ansicht der Kassenprüferin Elisabeth Lutz „Ichenhausen sehr gut anstehen würde“, so ist in ihren Augen doch die „Kostenfrage vorrangig“.

„Wir wollen Verbündete suchen“, appellierte die CDL-Kreisvorsitzende an das Dutzend Anwesende bei der CDL-Jahresversammlung.

Auch den Förderkreis „Ja zum Leben“, an dessen Spitze ebenfalls Hildegard Regensburger steht, wolle man für das Projekt gewinnen. Den CDL-Kreisverband sehe sie als Impulsgeber, Unterstützung aus vielerlei Kreisen sei „sehr erwünscht“.

Dass es „von der Idee bis zur Verwirklichung ein Stück Weg ist“, machte Hans Klement deutlich. Er berichtete aber auch von Gesprächen mit einer heimischen Künstlerin, die sich über die Gestaltung des Denkmals Gedanken machen wolle. Nach der grundsätzlich positiven Aufnahme der Idee in der CDL könne man jetzt Vorschläge von ihr erbitten.

„Richtig platziert“ könnte das Denkmal nach der katholischen Kirche bei der Taufkapelle sein, so lautet die Idee von Bürgermeister Klement.

Das entspricht dem Wunsch von Hildegard Regensburger nach einem zentralen, belebten Standort für ein Denkmal für das Leben. Ihr Wunsch: „Es soll sichtbar sein. Es soll anstoßen. Es soll auch gefallen.“

Tagung über „Autonomie am Ende des Lebens?“

2. Bioethisches Kolloquium am 29.9.2011 in Bensberg

Die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle (KSA) in Mönchengladbach veranstaltet am Donnerstag, den 29. September, eine fachlich fundierte Tagung über „Selbstbestimmung“ am Lebensende, auch über das viel diskutierte Thema einer ärztlichen Assistenz, wenn Patienten ihr Leben beenden wollen.

Das Thema („Autonomie am Ende des Lebens – Sterbebegleitung als Lebenshilfe?“) ist brisant und wird immer aktueller angesichts zunehmender Tendenzen zur Euthanasie.

Die Tagung bietet vielseitige und kompetente Referenten: Dr. med. **Peter Liese**, CDU-Europa-Abgeordneter, Dr. **Dirk Lüddecke** (München), Prof. Dr. med. **Giovanni Maio** (Freiburg), Prof. Dr. med. **Armin Schmidtke**, der Jurist **Rainer Beckmann** und der Theologe Dr. **Arnd Küppers**.

Tagungsstätte ist das Kardinal-Schulte Haus in Bensberg, Overather-Str. 51.

Das Kolloquium beginnt um 10,30 Uhr und endet um ca 18 Uhr.

Der Tagungsbeitrag beträgt 25 € (inkl. Mittagessen und Kaffeepause) und wird am Empfang vor dem Sitzungssaal beglichen.

Anmeldung erbeten: info@ksz.de oder per Telefon: 02161-815960

Infostand beim Kongreß „Freude am Glauben“

Der Stand der CDL zog beim Kongreß „Freude am Glauben“, der in diesem Jahr mit über 1000 Teilnehmern in Karlsruhe stattfand, wieder zahlreiche Besucher an.

Auffallend viele junge Teilnehmer zeigten Interesse an unseren Lebensrechtsthemen. Allgemein wurde die große Enttäuschung über die Abstimmung im Deutschen Bundestag zur PID artikuliert.



TERMIN-Auswahl

29.9.: Tagung „Autonomie am Ende des Lebens?“ in Bensberg

1.10.: CDL-NRW: Landesmitgliederversammlung in Bochum-Stiepel mit Vorstandswahl

1. - 2.10.: Infostand bei der Bundestagung des RCDS

15.10.: CDL-Bundesmitgliederversammlung in Königswinter

21. – 23.10.: Deutschlandtag der Jungen Union in Braunschweig mit CDL-Stand

14. – 15.11.: Bundesparteitag der CDU in Leipzig mit CDL-Infostand

Beratung und Hilfe für Schwangere

01 80 - 36 999 63 · www.vita-l.de



Impressum:

Christdemokraten für das Leben e.V.
48167 Münster, Schlesienstr. 20
Telefon: 02 51 - 6 28 51 60
Telefax: 02 51 - 6 28 51 63
E-Mail: info@cdl-online.de
Internet: www.cdl-online.de

Redaktion:
Mechthild Löhrl
Odila Carbanje

Der Glaubenskongreß forderte Bundespräsident Christian Wulff auf, das im Juli vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur begrenzten Freigabe der PID (Präimplantations-Diagnostik) nicht zu unterzeichnen.

Diese Freigabe von Gentests an Embryonen habe fatale Folgen, weil dadurch die Würde des Menschen am Anfang des Lebens eingeschränkt werde, heißt es in einer am Wochenende vom Kongreß verabschiedeten Resolution.

Der Bundespräsident könne durch eine Verweigerung der Unterschrift diese verhängnisvollen Folgen noch verhindern.

USA: Erfolge für das Lebensrecht

Während Präsident Barack Obama seine Politik im Sinne der Abtreibungsbefürworter ausrichtet, zeigen sich in verschiedenen US-Bundesstaaten immer mehr Erfolge für die Lebensrechtler.

In der ersten Jahreshälfte 2011 haben 19 Bundesstaaten die Tötung ungeborener Kinder mit insgesamt 80 neuen Gesetzen erschwert.

In Dakota, Texas und Süd-Dakota wurden Gesetze beschlossen, die abtreibungswilligen Frauen nach ihrem ersten Besuch beim Frauenarzt eine Wartezeit auferlegen.

In Texas müssen Frauen ab September 2011 vor der Abtreibung eine Ultraschalluntersuchung vornehmen lassen; der behandelnde Arzt muss die Ultraschallbilder des ungeborenen Kindes im Detail beschreiben. Danach muß die Frau 24 Stunden warten.

Wenn schwangere Frauen sähen, wie das ungeborene Kind lächelt und winkt, dann würden sie «Leben wählen und die Abtreibungsindustrie wird Profit verlieren», sagte eine Sprecherin von «Recht auf Leben», Rachel Bohannon.

Fünf Bundesstaaten schreiben nunmehr vor, daß Abtreibungen „nur“ mehr bis zur zwanzigsten Schwangerschaftswoche ausgeführt werden dürfen. Zuvor waren Abtreibungen bis zur unabhängigen Lebensfähigkeit des Kindes erlaubt, also mehrere Wochen später.

Neue Gesetze befassen sich auch mit der Finanzierung der Abtreibung. Acht Staaten legten fest, daß Krankenversicherungen nicht für Abtreibungen zahlen dürfen, wenn sie an den bei der nationalen Gesundheitsreform entstehenden Versicherungsvermittlungsstellen teilnehmen wollen.

Fünf Staaten haben der abtreibungsfreundlichen Organisation «Planned Parenthood» (Mutterorganisation von „Pro Familia“) die Finanzierungshilfe ganz oder teilweise gestrichen.

Diese Erfolge resultierten vor allem aus den Landtags und Gouverneurswahlen im November 2011. In 29 Staaten regieren seitdem Prolife-Gouverneure, in 15 Staaten stehen diesen Gouverneuren Parlamente mit Lebensrechts-Mehrheiten zur Seite.

In mehreren Staaten sind noch weiter reichende Gesetzentwürfe in Vorbereitung. In Ohio hat eine Kammer des Parlaments Mitte Juli 2011 für ein Gesetz gestimmt, Abtreibungen zu verbieten, wenn beim Kind ein Herzschlag festgestellt werden kann: das wäre in der sechsten oder siebten Schwangerschaftswoche.

Bitte spenden Sie für das Leben !

Der Schutz des menschlichen Lebens zählt zu den vordringlichen Aufgaben in dieser Gesellschaft.

Unterstützen Sie die weitere Arbeit der CDL mit Ihrer Spende!

Spendenkonto:

Sparkasse Meschede, Konto Nr. 2584, BLZ: 464 510 12

Wir erhalten keinerlei öffentliche oder parteiliche Förderung.
Jede Zuwendung an die CDL ist steuerlich begünstigt!
Sie erhalten eine Spendenbescheinigung.